

Der Bürgermeister verweist auf die vorliegenden Anträge.

Gegenüber dem bisher vorliegenden Antrag formuliert Herr Finke für die CDU-Fraktion einen im Zuge der Beratungen entstandenen Änderungsantrag. Man ziehe den Antrag auf Zusammenlegung von KSTM und MKA zurück und wolle einen weitergehenden Antrag gegenüber dem der SPD-Fraktion stellen:

1. Bildung eines Ausschusses aus bisherigem KSTM und MKA zum „**Ausschuss für Kultur, Sport, Markt und Kirmes**“
2. Bildung eines „**Ausschuss für Wirtschaft, Marketing und Tourismus**“.

Die Ausschüsse sollen auch in der Reihenfolge so benannt werden und jeweils mit 15 Mitgliedern bestückt werden.

Der Bürgermeister stellt eine weitgehende Übereinstimmung mit dem Antrag der SPD-Fraktion fest, mit Ausnahme der Vokabel „Wirtschaft“ (CDU) statt „Wirtschaftsförderung“ (SPD).

Frau Zorlu begrüßt, dass man sich inhaltlich annähert. Mit Ausnahme der Ausschussgröße stelle der von Herrn Finke vorgetragene Vorschlag keinen Unterschied zum SPD-Antrag dar.

Herr Finke stellt auf den Titel des Ausschusses ab und hält es für eine wichtige Nuance, den Ausschuss nicht „Ausschuss für Wirtschaftsförderung“ zu nennen, sondern „Ausschuss für Wirtschaft, Marketing und Tourismus“. Dies sei ein deutlicher Unterschied zum SPD-Antrag.

In der Folge ergeben sich Wortwechsel über die Bedeutung der unterschiedlichen Vokabel, wobei Frau Zorlu für die SPD-Fraktion am Begriff „Wirtschaftsförderung“ festhält.

Schließlich erklärt Herr Finke, dass er den Unterschied erklärt habe, dies offensichtlich aber nicht verstanden werde. An dieser Stelle sei er jetzt hilflos.

Herr Utsch stellt zu Beginn seiner Wortmeldung klar, dass nicht alle Fraktionen größer geworden seien, das die FDP als einzige an Fraktionsstärke abgenommen habe. Insofern gratuliere er den anderen Parteien. Auf die Debatte eingehend, hält er es nicht für zielführend, sich an der Wortwahl aufzureiben. Über was der Ausschuss entscheide, regle ja am Ende die Zuständigkeitsordnung.

Herr Langer schlägt als Kompromiss vor, den Begriff „Wirtschaftsangelegenheiten“ zu wählen. Weiteres sei in der Zuständigkeitsordnung zu regeln.

Herr Strausfeld stellt noch einmal klar, dass die Wirtschaftsförderung in der Bezeichnung nicht als „riesige“ Überschrift dominiere, und Marketing und Tourismus darunter eingebettet werden. Es gehe darum, die Themenbereiche „auf eine Stufe“ zu stellen.

Im weiteren Verlauf kritisiert Herr Liene das als Wortklauberei. Inhaltlich würden der Ausschuss mit den gleichen Aufgaben befasst.

Frau Zorlu dokumentiert dies mit einer Auflistung möglicher Zuständigkeiten, u.a. die Förderung von Tourismus, Maßnahmen der Gemeindewerbung, Um- und Ansiedlung von Gewerbebetrieben (Flächenmanagement), Imageverbesserung, Zusammenarbeit mit Interessenverbänden und Organisationen. Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Gewerbebetrieben und Schulen. Es gehe überhaupt nicht darum, die Bereiche Tourismus und Marketing zu verdrängen.

Der Bürgermeister stellt nach nochmaliger Abfragefest, dass die SPD einen Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Marketing und Tourismus, die CDU einen Ausschuss für Wirtschaft, Marketing und Tourismus beantrage.

Herr Bellinghausen beantragt schließlich das Ende der Debatte:

Beschluss:

XIV/1/9

Nachdem sich keine Gegenrede ergibt, wird dem Antrag auf Ende der Debatte entsprochen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

Nachdem stellt der Bürgermeister fest, dass die Debatte über die Bildung des besagten Ausschusses beendet ist. Für die nachfolgende Abstimmung stellt der Bürgermeister fest, dass der CDU-Antrag der weitergehende sei.

Nachdem über die Bezeichnung der übrigen Ausschüsse keine Differenzen bestehen, ergeben sich in der Folge Anträge zu Ausschussgrößen.

Hinsichtlich der Ausschussgrößen lässt er ebenfalls zunächst über den CDU-Antrag abstimmen, da der Antrag auf 15er Größe weitergehender ist, als 13er Größe.

Hauptausschuss:

Herr Meeser beantragt für die BfE-Fraktion für den Hauptausschuss eine Sitzzahl von 22 Mitgliedern + Bürgermeister.

Personalausschuss.

Herr Finke beantragt für die CDU-Fraktion eine Ausschussgröße für den Personalausschuss von 9.

Damit jede Fraktion vertreten sei, beantragt Frau Zorlu für die SPD, den Personalausschuss mit 13 Mitgliedern zu beschließen. Die CDU-Fraktion signalisiert diesbezüglich Zustimmung.

Aufgrund dessen werden nachfolgende Beschlüsse gefasst.